

Beschluss



Aussteigen statt Aussitzen: Der Atomausstieg ist zwingend und machbar!

Trauer mit den Menschen in Japan

Seit dem fürchterlichen Erdbeben in Japan vom vorvergangenen Freitag, den unvorstellbaren Verwüstungen durch die folgenden Tsunamiwellen und dem drohenden Super-GAU im Atomkraftwerk Fukushima scheint die Welt still zu stehen. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Opfern der dreifachen Katastrophe, bei den abertausenden Menschen, die ihr Hab und Gut, ihre Behausungen, sogar ihre Dörfer und Städte und nicht zuletzt ihre Angehörigen verloren haben. Sie sind auch bei den vielen Helferinnen und Helfern, die nach Überlebenden suchen, die Leichen bergen und in Fukushima unter Einsatz ihres Lebens versuchen, die nukleare Katastrophe wenigstens einzudämmen. In dieser schweren Stunde sind wir mit unseren Gedanken und unserer Hoffnung bei allen Menschen in Japan und bieten ihnen jede uns zur Verfügung stehende Hilfe an. Und wir hoffen für die Menschen in Japan, dass der endgültige atomare Super-GAU nicht eintreten wird und stehen an ihrer Seite.

Aussteigen statt Aussitzen: Der Atomausstieg ist zwingend und machbar!

Die unfassbare Atomkatastrophe in Japan hat auch eine neue Debatte um die Sicherheit und die Zukunft der Atomkraftwerke in Deutschland entfacht. Auch wir Grüne hätten uns nie vorstellen können, dass es in einem Hightech-Land wie Japan zu einer so verheerenden Kettenreaktion in einem Atomkraftwerk kommen kann, wie es in Fukushima der Fall ist. Dass es aufgrund äußerer Einflüsse gleichzeitig in sechs Reaktoren zu Prozessen kommen könnte, die für den Menschen nicht mehr kontrollierbar sind, haben auch wir uns in unseren schlimmsten Bedenken gegenüber dieser Technik nie ausmalen können.

Deswegen sind die Geschehnisse in Japan auch für uns Grüne eine Zäsur. Doch was uns die Bundesregierung in der Diskussion um die Sicherheit der Kernenergie seit Fukushima bietet, ist reines Wahlkampf-Placebo.

Dass die jetzt angekündigte vorübergehende Abschaltung einiger alter AKW nur zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen soll, hat sich schon bei den ersten Nagelproben diese Woche im Bundestag gezeigt. Bis zuletzt hatte die Bundesregierung versucht, selbst die ältesten Schrottreaktoren zu retten. Erst unter dem Eindruck der schrecklichen Nuklearkatastrophe in Japan werden sie jetzt vorübergehend stillgelegt. Allerdings bloß „vorübergehend“ – wie viele am Ende tatsächlich abgeschaltet bleiben, ist offen. Gänzlich unglaubwürdig wird die neue vermeindliche Atomskepsis von Schwarz-Gelb, wenn Reststrommen-

gen einfach auf andere AKW übertragen werden, die dann noch länger laufen. Im schlimmsten Fall könnte das nach den bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zur Strommengenübertragung bedeuten, dass in Deutschland Atomkraftwerke bis nach 2050 am Netz bleiben.

Auch international handelt Schwarz-Gelb ganz im Gegensatz zu ihrer heute geheuchelten Sorge unverantwortlich an der Verbreitung der Atomkraft. So hat die Bundesregierung die seit 2001 geltenden nationalen Hermes-Umweltleitlinien außer Kraft gesetzt und Anfang 2010 bereits die erste Bürgschaft für Atomexporte zugesagt – und das ausgerechnet für den Bau eines Reaktors im einzigen erdbebengefährdeten Gebiet Brasiliens.

Nach der Katastrophe von Fukushima will Schwarz-Gelb den Eindruck von Nachdenklichkeit erwecken, doch in Wirklichkeit geht es Merkel, Westerwelle und Co. vor allem darum, einigermaßen ungeschoren durch die kommenden Landtagswahlen zu kommen. Das wird nicht funktionieren, weil die Menschen noch allzu gut im Gedächtnis haben, wie Schwarz-Gelb die Laufzeitverlängerung zu Gunsten der Atomindustrie und gegen den Willen der Bevölkerung durchgepeitscht hat. Nicht vergessen haben wir auch, wer der größte Atomtreiber war: Die EnBW-CDU aus Baden-Württemberg mit Herrn Mappus an der Spitze.

Zu spät, zu wenig

Bis letzte Woche hatten wir in Deutschland angeblich noch die sichersten AKW der Welt. Wenn es nach Union und FDP ging, waren grüne Mahner die Spinner, Zukunftsverweigerer und schürten irrealen Ängste. Restrisiko war vernachlässigbar. Jetzt plötzlich geht der Bundesregierung angeblich Sicherheit über alles – für ganze drei Monate.

Erst die Laufzeitverlängerung durchpeitschen, dann im Nachhinein die Sicherheit der laufzeitverlängerten AKW überprüfen und das Ganze noch mit einem Paragraphen im Atomgesetz begründen, der explizit auf die Unsicherheit der AKW abhebt – das werden wir der schwarz-gelben Regierung Merkel und einem wahlkämpfenden Mappus nicht durchgehen lassen. Und dass alle diese AKW immer mehr Sicherheitsmängel aufweisen und u.a. nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert sind, ist nicht erst seit der Katastrophe von Fukushima, sondern schon lange bekannt.

Strengere Sicherheitsmaßnahmen sind nötig und sie sind relativ einfach zu identifizieren und anzuordnen – spätestens seit 2009, seit das noch von Jürgen Trittin in Auftrag gegebene strengere Kerntechnische Regelwerk vorliegt. Dieses hätte von den Umweltministern Gabriel und Röttgen nur angewendet werden müssen. Stattdessen wird seither eine verbindliche Anwendung durch eine „Testphase“ verhindert. Aber nicht nur deshalb ist die jetzt angekündigte Sicherheitsüberprüfung eine Farce. Eine ernsthafte Sicherheitsüberprüfung von atomaren Anlagen ist in drei Monaten schlicht unmöglich – dafür bräuchte es mindestens ein bis anderthalb Jahre. Und verantwortlich für die Sicherheitsüberprüfung der Atomkraftwerke ist ausgerechnet der Ex-Atommanager Hennenhöfer, der nach Jahren der

Beschluss: Aussteigen statt Aussitzen: Der Atomausstieg ist zwingend und machbar!

Lobbyarbeit für die Atomkonzerne letztes Jahr Abteilungsleiter unter Umweltminister Röttgen wurde. Er hat auch jetzt bereits wieder gezeigt, dass er sich vor allem für die Interessen der Atomkonzerne einsetzt. Der umstrittene plutoniumhaltige MOX-Brennstoff (Mischoxid) soll in Deutschland weiter eingesetzt werden. Dabei ist es genau dieser, der die Bewohnbarkeit im Umkreis des Japanischen Atomkraftwerks Fukushima bedroht.

Dass es der Bundesregierung nie um ein umfassendes Energiekonzept ging, sondern immer nur um die Laufzeitverlängerung, zeigen die Tatsachen. Statt wie versprochen mehr Geld für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz gibt es heute durch die Beschlüsse von Schwarz-Gelb weniger Mittel dafür als zuvor. Und über die groß angekündigte, dringend nötige Offensive für den Netzausbau hat die Regierung bislang nur geredet, aber nichts getan.

Grün handelt!

Was wir jetzt brauchen, ist ein schnelles und entschlossenes Handeln. Abwarten und prüfen reicht nicht. Wir Grüne fordern,

- dass die Regierung alle sieben ältesten AKW und das Pannen-AKW Krümmel sofort und endgültig vom Netz nimmt;
- dass die Regierung unverzüglich das seit 2009 vorliegende strengere Kerntechnische Regelwerk in Kraft setzt und einer unabhängigen Prüfung aller AKW zu Grunde legt;
- darüber hinaus müssen vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan die Sicherheitsstandards weiter verschärft, an die neuen Erkenntnisse angepasst und neue Risikoszenarien geprüft werden.
- dass der Deutsche Bundestag mit einer 13. Atomgesetznovelle die mit der 11. und 12. besiegelte Laufzeitverlängerung zurücknimmt. Das wäre – anders als das von der Kanzlerin verkündete, unseriöse und Rechtsstaat beugende Moratorium – der klare und verfassungsrechtlich richtige Weg.

All das hat die grüne Bundestagsfraktion diese Woche im Bundestag beantragt. Doch die Forderungen wurden allesamt von Schwarz-Gelb abgelehnt oder vertagt. Mit dieser Verzögerungspolitik muss endlich Schluss sein. Wir fordern die Bundesregierung auf, mit einem ambitionierten Ausstiegsprogramm den Atomausstieg in den nächsten fünf Jahre zu organisieren.

Auch auf europäischer Ebene hat Schwarz-Gelb bislang ein glaubwürdiges Vorgehen vermissen lassen. EU-Energiekommissar Oettingers fadenscheiniges Ablenkungsmanöver der vorgeschlagenen Stresstests dient mehr zur Beruhigung der EU-Bürgerinnen und -Bürger denn zur Verbesserung ihrer Sicherheit. Die Einladung an die Chefs der europäischen Atomkonzerne, die Kriterien für den Stress-test selbst zu gestalten, zeigt, wie ernst Oettinger es wirklich meint und lässt eine Zertifizierung des weitgehend alten Kraftwerkparks in Europa befürchten.

Beschluss: Aussteigen statt Aussitzen: Der Atomausstieg ist zwingend und machbar!

Wir haben genügend Informationen über Pannenreaktoren in der EU. Deshalb fordern wir Grüne, dass der europaweite Ausstieg aus der Kernkraft unverzüglich beginnt durch ·

- eine sofortige Abschaltung der gefährlichsten Anlagen,
- eine Priorität im Ausstiegsprozess für Atomkraftwerke in Erdbebengebieten, für Anlagen, die vor 1980 in Betrieb gingen, für AKW der ersten Generation, für besonders störanfällige Kraftwerke und Kraftwerke ohne ausreichendes Containment,
- europaweit verbindliche Sicherheitsstandards nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik, anstatt vager „Sicherheitsprinzipien“,
- die sofortige Rücknahme der Notifizierung für die Reaktorbauten in Erdbebengebieten wie in Belene und Mochovce durch die Kommission.

Das alles wären notwendige erste Voraussetzungen für die anstehende grundlegende Debatte über eine Neubewertung der Risiken der Atomenergie europaweit und für einen deutlich beschleunigten Atomausstieg in Deutschland.

Atomzeitalter endgültig beenden

Die von Schwarz-Gelb behauptete Stromlücke war schon immer eine Lüge. Schon heute können alle alten AKW abgeschaltet werden und Deutschland bliebe immer noch Stromexporteur.

Parallel zur Neubewertung der Atomrisiken wollen wir auch eine Neubewertung der Konflikte um den Ausbau und die Förderung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, der Stromnetze, der Speicher sowie der Strompreise.

Um schnellstmöglich und endgültig komplett aus der Atomkraft auszusteigen, müssen jetzt alle Anstrengungen unternommen werden für

- ein beschleunigtes Wachstum der Erneuerbaren Energien,
- konkrete Maßnahmen für mehr Energieeffizienz,
- einen konsequenten und schnellen Netzausbau.

Bei all diesen Punkten bremst Schwarz-Gelb, wo es nur geht. Alte Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke verhindern Investitionen in Erneuerbare Energien. Bei der Windkraft sind Hessen, Bayern und Baden-Württemberg Schlusslichter, weil jeglichem Ausbau bürokratische Riegel vorgeschoben werden. Den Netzausbau verhindern nicht Bürgerinitiativen und Grüne, wie die Union behauptet und deren Bürgermeister selbst häufig genug vor Ort die Proteste anführen, sondern dilettantische Planung über die Köpfe der Betroffenen hinweg und das Desinteresse der Energiekonzerne.

Im Gegenteil: Wir Grüne wollen die Planung und den Ausbau von Anlagen Erneuerbarer Energien, Netzausbau und Energiespeicher durch frühzeitige Bürgerbeteiligung, Erdkabel und mehr Transparenz beschleunigen. Wir wollen den dringend erforderlichen Netzausbau nicht allein den Netzbetreibern

Beschluss: Aussteigen statt Aussitzen: Der Atomausstieg ist zwingend und machbar!

überlassen, sondern unter staatlicher Kontrolle voranbringen.

Wir wollen das EEG weiterentwickeln und die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien noch forcieren, um bis 2030 annähernd komplett auf Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien umstellen zu können.

Und wir wollen den Stromverbrauch bis 2020 deutlich senken, durch bessere Beratung, strenge Energievorgaben für Geräte, die Förderung von Spargeräten und den Austausch von Stromheizungen.

Wer jetzt wie SPD und FDP neue Kohlekraftwerke für eine Alternative hält, läuft in eine energiepolitische Sackgasse. Neue Kohlekraftwerke sind klimaschädlich und Hindernisse auf dem Weg zur Energiewende.

Wir Grüne streben an, das Atomzeitalter in Deutschland in der kommenden Legislaturperiode endgültig zu beenden und alle Atomkraftwerke endgültig still zu legen! Dies bedeutet auch die Beendigung der Urananreicherung in Gronau. Das kann gelingen, wenn jetzt schnell die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, vor allem aber durch einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien, Investitionen in Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie die Schaffung einer modernen Infrastruktur. Jeder Tag des Zögerns und Zauderns ist ein verlorener Tag für die notwendige beschleunigte Energiewende.

Unter den atomaren Hinterlassenschaften des Atomwahnsinns werden unsere Nachkommen noch viel zu lange zu leiden haben. Deshalb wollen wir in der kommenden Legislaturperiode ebenso eine bestmögliche Endlagerung des Atomabfalls auf den Weg bringen. Wir wollen 100 Prozent Zukunft ohne Atom. Dafür werden wir künftig – gestärkt durch ein starkes Wahlvotum der Menschen in Deutschland – noch intensiver kämpfen als bisher!

Nie wieder Tschernobyl!

Nie wieder Fukushima!

Energiewende jetzt!

Atomkraft? Nein Danke.